

Medienmitteilung

Frühfremdsprachen-Zwang missachtet die Realität

Das Schwyzer Initiativkomitee zur Änderung des Volksschulgesetzes / gegen den Lehrplan 21 verlangt eine Aussprache mit der Zentralschweizer Bildungsdirektoren-Konferenz BKZ. Die Missachtung alarmierender Rückmeldungen aus der Schule und negativer Studien-Ergebnisse durch die Bildungspolitik muss aufhören!

Die Konferenz der Zentralschweizer Bildungsdirektoren behauptet, die Frühfremdsprachen-Belastung der Primarschule habe laut einer Nationalfonds-Studie (NFP-56, Haenni Hoti, 2009) keine negativen Auswirkungen auf die Deutsch-Kompetenzen. **Das ist falsch!** Wie Recherchen des Schwyzer Initiativkomitees ergeben, wurde diese Frage gar nicht beantwortet. Es liegt auch keine andere Studie vor, die zu einem solchen Schluss gelangt wäre. Vielmehr ist die kontinuierliche Verschlechterung des allgemeinen Bildungsstandes am Ende der Volksschule längst erwiesen.

Der direkte Zusammenhang mit den stetig sinkenden Kenntnissen in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik ist offensichtlich. Die jahrzehntelang beanspruchten Gelder für die gescheiterte Frühfremdsprachen-Strategie waren eine gigantische Fehlinvestition. Die grossen Zusatzbelastungen der Lehrer strapazieren die gesamte Bildungsqualität.

Laut Medienmitteilung vom 18. März 2016 sollen die mit Verzögerung veröffentlichten schlechten Ergebnisse der jüngsten Frühfremdsprachen-Untersuchung aber nicht zum Verzicht auf die unrealistischen Bildungspläne der BKZ führen. Man beauftragt lediglich eine «Arbeitsgruppe», um daran festzuhalten und das Eingeständnis des Scheiterns zu vermeiden.

Wie schon beim Tastaturschreiben-Experiment im Kanton Schwyz scheinen «Arbeitsgruppen» die ultimative Antwort zu sein, um gegen besseres Wissen und trotz gescheiterter 'Versuche am lebendigen Objekt Schüler' die Zwangseinführung durchzusetzen. Nach gleichem Muster sollen nun ein paar handverlesene Personen den Frühfremdsprachen-Zwang durchsetzen.

Dass laut NZZ a.S. vom 27. März 2016 auch Bundesrat Alain Berset die Kantone via Gesetzesänderung verpflichten will, «*in der Primarschule zwingend eine zweite Landessprache zu unterrichten*», basiert offenbar ebenso auf falschen Grundlagen. Es kann sich daraus nur eine weitere Verschärfung des Bildungs-Fiaskos ergeben.

Um solche Verzerrungen auf Kosten unserer Gesellschaft und kommender Generationen zu verhindern, ist ein seriöser und offener Austausch zwischen Behörden, Lehrern und Bevölkerung unverzichtbar. Das Schwyzer Initiativkomitee ersucht die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz BKZ um eine entsprechende Aussprache.

Pfäffikon, 29. März 2016

Irene Herzog-Feusi

Präsidentin des Initiativkomitees

Etzelstrasse 54, 8808 Pfäffikon, irhe@active.ch / www.gute-volksschule-schwyz.ch

Beilage: Recherche zu den Frühfremdsprachen-Studien Haenni Hoti, NFP-56, etc.